

UNSERE WOCHEN IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

endlich! Bund und Länder haben sich diese Woche darauf geeinigt, dass die Kommunen finanziell entlastet werden sollen. Konkret heißt das: Städte und Gemeinden sollen einen vollständigen Ausgleich für Steuerausfälle bekommen, die durch das geplante Investitionssofortprogramm für die deutsche Wirtschaft zu erwarten sind. Insgesamt geht es um eine Summe von mehr als 45 Milliarden Euro, die laut Planungen der Bundesregierung in den Kassen von Bund, Ländern und Kommunen bis zum Jahr 2029 fehlen dürfte.

Die Steuerausfälle der Kommunen in Höhe von 13,5 Milliarden Euro sollen vollständig ausgeglichen werden. Das ist nicht nur ein wichtiger Schritt, um die Kommunen langfristig zu entlasten, sondern auch um ihre Handlungsfähigkeit zu erhalten. Der Freistaat Bayern und wir als FREIE WÄHLER-Fraktion haben uns vehement dafür eingesetzt – und sind umso zufriedener, dass nun eine Einigung zugunsten der Kommunen erzielt werden konnte.

Weniger Grund zur Freude hatten wir diese Woche im Hinblick auf das aktuelle Lagebild zur Gewalt gegen Polizisten. Denn die Zahlen sind mehr als beunruhigend. Hemmschwellen sind gesunken und Gewaltdelikte nehmen immer weiter zu. Deshalb ist für uns klar: Die Justiz muss Strafraumen, die das Strafgesetzbuch einräumt, konsequent ausnutzen. Eine gute polizeiliche Ausbildung, aber auch die richtige Ausrüstung unserer Polizeibeamten sind weitere wichtige Voraussetzungen, um die Sicherheit derer, die uns schützen, zu gewährleisten.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!

Ihr Florian Streibl MdL



UNSERE HIGHLIGHTS

SEITE 2:

KONNEXITÄTS-
PRINZIP ACHTEN –
KOMMUNEN
ENTLASTEN

SEITE 3:

LADENSCHLUSS-
GESETZ NOCH
PRAXISTAUGLICHER
GESTALTEN

SEITE 6:

UNSERE SOCIAL
MEDIA-BEITRÄGE –
DANKE FÜRS TEILEN!

RÜCKBLICK

Aktuelle Stunde: Konnexitätsprinzip achten und Kommunen entlasten!

Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion stehen auf der Seite unserer Kommunen, deren finanzielle Situation in den letzten Jahren immer schwieriger geworden ist. Deshalb haben wir stets für das Konnexitätsprinzip auf Bundesebene plädiert, das besagt: „Wer anschafft, zahlt.“ Immer mehr Aufgaben wurden in der Vergangenheit ohne entsprechenden finanziellen Ausgleich vom Bund auf die Schultern der Kommunen geladen. Es ist richtig und wichtig, unsere Wirtschaft in der aktuell schwierigen Situation zu entlasten. Die Erleichterungen durch den Investitionsbooster der Bundesregierung dürfen jedoch nicht zulasten von Bayerns Kommunen gehen. Dass nun die Länder und Kommunen vom Bund für die Steuerausfälle entschädigt werden, sehen wir als wichtiges Signal. Denn die Kommunen sind für die Daseinsvorsorge der Menschen vor Ort essenziell.



Wir warnen: Schleichender Verfall von Infrastruktur und mangelnde Unterstützung der Bürger durch die kommunale Hand sind das perfekte Rezept für Radikalisierung und Demokratiefrost. Deshalb unterstützen wir in der Bayernkoalition trotz schwieriger Haushaltslage Landkreise, Städte und Gemeinden mit fast zwölf Milliarden Euro im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Auf diese Unterstützung durch den Freistaat können sich unsere Kommunen auch in Zukunft verlassen. Dennoch muss es Weiterentwicklungen geben. Für uns als FREIE WÄHLER-Fraktion bedarf es schnellstens einer langfristigen und strukturellen Reform. Ziel sind bedarfsgerechte finanzielle Zuweisungen, ein Abbau von Standards und Aufgaben sowie Effizienzsteigerung des Verwaltungshandelns – auch durch eine konsequente Digitalisierungsoffensive. Mehr [HIER](#). Zum Reel mit unserem haushaltspolitischen Sprecher Bernhard Pohl geht's [HIER](#).

Ladenschlussgesetz noch praxistauglicher gestalten: Nachbesserungen stärken Kommunen und Einzelhandel – bewährte Adventsregelung bleibt erhalten



Wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag fordern Nachbesserungen am geplanten Bayerischen Ladenschlussgesetz. Mit zwei Änderungsanträgen wollen wir sicherstellen, dass Städte und Gemeinden Einkaufsnächte sowie andere Veranstaltungen rechtzeitig und verlässlich planen können. Auch die bewährte Regelung zur Ladenöffnung am ersten Adventssonntag soll erhalten bleiben.

Mit dem Bayerischen Ladenschlussgesetz stärken wir das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen und schaffen mehr Flexibilität.

Das bisherige Bundesrecht von 1956 wird durch eine moderne, an Bayerns Bedürfnissen orientierte Regelung abgelöst. Ziel ist es, Bürokratie abzubauen – zum Vorteil der Kommunen und des Einzelhandels. Besonders profitieren digitale Kleinstsupermärkte ohne Personal sowie Veranstalter von Einkaufsnächten. Hier geben wir den Kommunen mehr Spielraum und sorgen für eine praxistaugliche Lösung. Wichtig ist außerdem, die bewährte Regelung aus dem Bundesgesetz im neuen Landesrecht fortzuführen. Der Gesetzentwurf sah vor, alle Adventssonntage – egal, ob im November oder Dezember – grundsätzlich von der Sonntagsöffnung auszuschließen. Das hätte viele Städte vor Probleme gestellt, die seit Jahren den ersten Adventssonntag im November für verkaufsoffene Veranstaltungen nutzen. Die bisher gängige Praxis wollen wir erhalten.

Handlungsbedarf sehen wir vor allem für die Übergangszeit. Städte und Gemeinden brauchen Planungssicherheit – schließlich hängen an einer Einkaufsnacht nicht nur das Ladenpersonal, sondern auch Rahmenprogramme und viel Gastronomie. Wer im Herbst Veranstaltungen plant, muss spätestens im Frühjahr die Anträge stellen können. Mehr [HIER](#). Zum Social Media-Beitrag geht's [HIER](#).

KURZNEWS

AfD in „Verzeichnis extremistischer und extremistisch beeinflusster Organisationen“ aufgenommen

Es ist richtig, dass der Freistaat genauer hinschaut, wer in das Beamtenverhältnis übernommen wird. Beamte haben ihren Dienst neutral auszuüben. Wer sich politisch fragwürdig engagiert, hat im öffentlichen Dienst des Freistaates nichts verloren! Nur wer ohne jedes Wenn und Aber zu Grundgesetz und freiheitlich-demokratischer Grundordnung steht, kann Verantwortung für unseren Staat übernehmen.

Wir FREIE WÄHLER im Landtag stehen gerade in diesen Zeiten gesellschaftlicher Spannungen und erstarkender extremistischer Kräfte zu unserer wehrhaften Demokratie. Wichtig ist uns, jede Form von Extremismus zu überprüfen – von Islamismus und auslandsbezogenem Extremismus bis hin zu Links- und auch Rechtsextremismus. Für uns steht fest: Jegliche Form von Extremismus, die eine Gefahr für unsere Demokratie darstellt, muss entschlossen bekämpft werden. Mehr [HIER](#).

Stromkosten: Bundesregierung sollte Stromsteuer für alle Verbraucher senken

Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion würden es sehr begrüßen, wenn die schwarz-rote Bundesregierung ihre im Koalitionsvertrag zugesagte Ankündigung zur Stromsteuersenkung für alle Verbraucher doch noch umsetzt. Eine spürbare Entlastung ist dringend notwendig – für die privaten Haushalte ebenso wie für die zahlreichen Unternehmen außerhalb des produzierenden Gewerbes, etwa den Einzelhandel, die Gastronomie oder die Digitalwirtschaft mit ihren stromintensiven Rechenzentren. Noch Ende Mai war die Stromsteuersenkung im Sofortprogramm der Bundesregierung als tragende Säule vorgesehen.

Die aktuelle Zurückhaltung in dieser Frage sorgt bei Wirtschaft und Verbrauchern für Verunsicherung. Dabei wäre eine Senkung der Stromsteuer ein wichtiger Schritt, um Bürgerinnen und Bürger sowie Betriebe spürbar zu entlasten. Denn deutsche Stromkunden zahlen im europäischen Vergleich die höchsten Strompreise. Mehr [HIER](#).

Drittes Modernisierungsgesetz: Keine Kompromisse beim Naturschutz!

Wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion stehen zu unserer Verpflichtung, die einzigartige bayerische Bergwelt mit ihrer natürlichen Vielfalt an wildlebenden Tier- und Pflanzenarten zu schützen und zu erhalten. Dies geschieht im Rahmen anerkannter internationaler Vereinbarungen, insbesondere der Alpenkonvention.

Deren Schutzgedanke wird nicht, wie durch die Opposition suggeriert, durch das Dritte Modernisierungsgesetz und die Anhebung von Schwellenwerten für Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) geschwächt. Durch das Gesetz werden keine inhaltlichen Genehmigungsvoraussetzungen geändert. Die Fachbehörden entscheiden auch in Zukunft, ob bei einem genehmigungspflichtigen Vorhaben die unveränderten materiellrechtlichen Anforderungen, etwa des Bayerischen Wassergesetzes oder des Bayerischen Naturschutzgesetzes, erfüllt werden. Die UVP ist reines Verfahrensrecht ohne materiellen Inhalt – hier möchten wir durch das Anheben der Schwellenwerte für das Verfahren Bürokratie abbauen. Mehr [HIER](#).

Dokumentation Obersalzberg: Authentischer Lernort gegen das Vergessen

Am Donnerstag hat der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen die Dokumentation Obersalzberg besucht. Sie bietet an einem historischen Ort die Möglichkeit, sich mit der Geschichte des Obersalzbergs und des Nationalsozialismus insgesamt auseinanderzusetzen. Die 2023 nach umfangreichen Erweiterungen wiedereröffnete multimediale Ausstellung dokumentiert eindrücklich, wie der Obersalzberg durch Adolf Hitler gezielt zum sogenannten „Führersperrgebiet“ ausgebaut wurde – als abgeschotteter Rückzugsort und Schaltzentrale des NS-Regimes.

Das umfangreiche Bildungsangebot leistet einen wichtigen Beitrag bei der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit nicht nur des Obersalzbergs, sondern auch der Rolle Bayerns im Nationalsozialismus insgesamt. Gerade in einer Zeit, in der demokratiefeindliche Tendenzen in Europa und weltweit zunehmen, kommt solchen authentischen Lernorten eine zentrale Bedeutung zu. Sie mahnen, informieren und wirken antidemokratischem Gedankengut entgegen. Mehr [HIER](#).

UNSERE SOCIAL MEDIA-BEITRÄGE – DANKE FÜR'S TEILEN!

Kommunalförderrichtlinie gilt künftig auch für Landkreise

Es ist beschlossene Sache: Mittels Antrag haben wir FREIE WÄHLER im Landtag bewirkt, dass die Kommunalförderrichtlinie künftig nicht mehr nur für Gemeinden, sondern auch für Landkreise gilt. Dadurch wollen wir auch für letztere bestmögliche Rahmenbedingungen für den Erhalt und die Verbesserung der ambulanten medizinischen Versorgung schaffen. Mit einer finanziellen Unterstützung von bis zu 150.000 Euro werden beispielsweise der Aufbau von Gesundheitszentren, Primärversorgungscentren, Teampraxen und intersektoralen Gesundheitszentren gefördert. [HIER](#) geht's zum Beitrag.



Austausch mit der Rechtsanwaltskammer München



Am Mittwoch haben wir uns mit Vertreterinnen und Vertretern der Rechtsanwaltskammer München zum Austausch getroffen. Dabei ging es unter anderem um die Resilienz der Anwaltschaft, die Struktur der Justiz im ländlichen Raum sowie deren technische Ausstattung. Für uns ist klar: Wir setzen uns für fortschreitende Digitalisierung in der Rechtsanwaltschaft und Justiz ein. Die Unabhängigkeit und Resilienz ist für unseren starken und wehrhaften Rechtsstaat ein

hohes Gut. [HIER](#) geht's zu den Bildern.

#StreiblsStandpunkt: Was tun gegen die Sommerhitze?

Die drückende Hitze ist schon manchmal zu viel des Guten! Was wir für Städte und Gemeinden in die Wege leiten, um der sommerlichen Hitze Herr zu werden, erklärt unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl in der neuen Folge #StreiblsStandpunkt. [HIER](#) geht's zum Reel auf Instagram.



Folgen Sie uns:

-  <https://www.facebook.com/fwlandtag>
-  <https://www.instagram.com/fwlandtag/>
-  <https://www.youtube.com/@fwlandtag>
-  <https://www.threads.net/fwlandtag>
-  <https://bsky.app/profile/fwlandtag.bsky.social>

Wir wünschen Ihnen ein schönes Wochenende!

Impressum

Florian Streibl, MdL
Othmar-Weis-Straße 5
82487 Oberammergau
Tel: 08822/935282
Fax: 08822/935287
E-Mail: info@florian-streibl.de
Homepage: www.florian-streibl.de